

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft:

Personalcontrollingbericht - Aufnahme- und Pragmatisierungspolitik 2016

1. Aufnahmepolitik 2016

Wie bereits in den letzten Jahren soll an einer schlanken Verwaltung festgehalten werden. Unter Bedachtnahme auf konkrete geopolitische und aktuelle Herausforderungen zu Migration, Integration, Demografie und Terrorismusbekämpfung sind Personalmaßnahmen für den erforderlichen notwendigen Dienstbetrieb vorgesehen.

Der Personalstand beträgt zum 31. Dezember 2016 insgesamt 132.741 mittelverwendungswirksame Personalkapazitäten (VBÄ). Der Zielwert in Höhe von 135.216 ist nach Abzug der Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% oder mehr um 2.623 VBÄ übererfüllt. (Gemäß MR-Beschluss vom 26. August 2011 sind Neuaufnahmen von Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% oder mehr von den VBÄ-Einsparungszielen ausgenommen. Mit Stand 31. Dezember 2016 sind daher 148 VBÄ nicht auf das Ziel anzurechnen.

In der Ressortsicht haben aktuell alle Ressorts mit Ausnahme des Bildungsressorts (409 VBÄ bzw. 0,9%) und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (8 VBÄ bzw. 0,3%) die Zielvorgabe erreicht.

2. Mobilitätsprogramme 2016

Die Umsetzung der Mobilitätsprojekte Post/Telekom bzw. Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport machen eine Anpassung der Ressortziele erforderlich.

1.1. Entsprechend dem forcierten Mobilitätsprogramm der Bundesregierung können Post/Telekom-BeamtInnen in bestimmten Bundesdienststellen mit besonderem Bedarf im Ausmaß von 1.267 VBÄ eingesetzt werden. Die VBÄ-Ziele sind halbjährlich entsprechend den tatsächlich erfolgten Versetzungen anzupassen. Im gesamten Jahr 2016 wurden im

Rahmen der Mobilitätsprogramme Etappe I und II 80 Post/Telekom-Beamtinnen versetzt. Insgesamt fanden bereits 918 Versetzungen statt.

1.2. Ein weiteres Mobilitätsprogramm umfasst den Einsatz von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung in den Ressorts Inneres, Justiz und Finanzen auf zweckgebundenen Planstellen. 2016 wurden 10 MitarbeiterInnen auf zweckgebundene Planstellen versetzt.

Seit Beginn des Mobilitätsprojektes sind 71 MitarbeiterInnen der Landesverteidigung auf zweckgebundene Planstellen (BMI: 5, BMJ: 6, BMF: 60) versetzt worden.

Insgesamt sind im Innenressort 300 Planstellen des Exekutivdienstes, im Justizressort 30 zweckgewidmete Planstellen des Exekutivdienstes und im Finanzressort 70 Planstellen des Allgemeinen Verwaltungsdienstes bereits sowohl im Personalplan als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt. Ist die Personalmobilität im vorgesehenen Umfang durch MitarbeiterInnen der Landesverteidigung bzw. Post/Telekom-Beamten bis Ende 2018 nicht möglich, werden die VBÄ-Ziele in diesem Ausmaß adaptiert.

Ein weiteres Mobilitätsprojekt zur Förderung eines nachhaltigen Mobilitäts- und Kapazitätsmanagements sieht einen Transfer im Ausmaß von bis zu 162 VBÄ und Planstellen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Innenressort für das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl vor. Nach Versetzung der MitarbeiterInnen wird das VBÄ-Ziel halbjährlich (Stichtag 1. Juni und 31. Dezember) auf Basis der Ressortmeldung an das Bundeskanzleramt angepasst. Im Jahr 2016 wurden 92 Versetzungen durchgeführt, die zu einer Adaptierung der VBÄ-Ziele von der Landesverteidigung zum Innenressort führten. Insgesamt fanden bereits 119 Versetzungen statt.

Ein weiteres Verwaltungsübereinkommen sieht einen Transfer von bis zu 30 Planstellen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Justizressort für den Bereich des Strafvollzugs vor. Nach Versetzung der MitarbeiterInnen vom Ressort Landesverteidigung und Sport in das Bundesministerium für Justiz wird das VBÄ-Ziel im Einvernehmen halbjährlich (Stichtag 1. Juni und 31. Dezember) auf Basis der Ressortmeldung an das Bundeskanzleramt angepasst. Im Jahr 2016 fanden 11 von insgesamt 21 Versetzungen statt, die zu einer Adaptierung der VBÄ-Ziele von der Landesverteidigung zum Justizressort führten.

4. VBÄ-Zielanpassungen 2017 und 2018

Der Beschluss des Bundesfinanzgesetzes 2017, Anlage IV Personalplan 2017 (BGBl. I, Nr. 101/2016 vom 6. Dezember 2016) erfordert nach Errichtung der Bundesanstalt „KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial“ eine Reduktion der Zielwerte des Innen-

ressorts um -16 VBÄ. Weitere Zieladaptionen erfolgen aufgrund der personellen Aufstockung eines VBÄ im Bundeskanzleramt und aufgrund der Abtretung eines VBÄ vom Landesverteidigungsressort an das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Zuletzt erfolgt die Ziel-Reduktion um ein VBÄ im Bildungsressort, da im Zuge der Wiedereingliederung des BIFIE anstelle der bereits berücksichtigten 65 nur 64 VBÄ anzurechnen sind.

Die Novelle des BFRG 2017 bis 2020 zieht eine Anpassung der VBÄ-Ziele im Jahr 2018 im BKA um +145 VBÄ und im Innenressort um +750 VBÄ nach sich, die im Jahr 2019 wieder im selben Ausmaß zurückgeführt werden.

Die EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2018 erfordert für die erfolgreiche Durchführung als auch Vor- und Nachbereitung befristet für den Zeitraum erster Juli 2017 bis 28. Februar 2019 die Aufnahme von EU-Poolisten, die von den VBÄ-Einsparungszielen ausgenommen sind.

5. Pragmatisierungspolitik 2016

Der Pragmatisierungsstopp wurde im Jahr 2006 auf unbestimmte Zeit verlängert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 befinden sich 73.686 BeamtInnen (in VBÄ) im Bundesdienst und darüber hinaus 6.179 in ausgegliederten Einrichtungen exkl. Post/Telekom. Die Anzahl der BeamtInnen ist im Vergleich zum Jahresende 2015 um 1.082 VBÄ gesunken. Bei den ausgegliederten Einrichtungen (exkl. Post/Telekom) ist 2016 die Anzahl im Vergleich zum Jahresende 2015 um 296 VBÄ gesunken. Der Beamtenanteil im Bundesbereich beträgt aktuell 55,5%. In der Post/Telekom beträgt der Personalstand 12.728 VBÄ und ist im Vergleich zum Jahresende 2015 um 747 VBÄ bzw. 5,5% gesunken.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

1. Juni 2017
Der Bundeskanzler:
KERN

Beilage 1 (Bericht 2016)
Beilage 2 (VBÄ-Ziele 2016-2020)